

Manuel Frick warnt: Franchise-Befreiung kann zu höheren Prämien führen

DpL hält dagegen, dass Initiative einfachster Weg sei, um Senioren zu helfen. Und sie prangern den Rentenstillstand als «Sozialabbau» an.

Elias Quaderer

In gut drei Wochen, am 26. Juni, wird Liechtensteins Stimmbevölkerung darüber entscheiden, ob für Rentner die Krankenkassen-Franchise abgeschafft wird. Obwohl der Abstimmungssonntag somit nicht mehr allzu weit entfernt liegt, beschränkte sich bislang die öffentliche Diskussion über die Initiative der DpL auf wenige Leserbriefe. Derzeit scheinen viele ihre Aufmerksamkeit primär auf die Umwälzungen zu richten, die sich aufgrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine ergeben. Andere Themen, wie die Franchise-Befreiung, haben das Nachsehen.

Nicht zuletzt dieser Hintergrund dürfte den gestrigen Anlass im Schaaner Lindahof motiviert haben. Die DpL luden zu einer Pro- und Kontra-Diskussion über ihre Initiative. Gesellschaftsminister Manuel Frick erklärte, weshalb aus Sicht der Regierung die Initiative zur Abschaffung der Franchise für Rentner abzulehnen ist. Der DpL-Abgeordnete Herbert Elkuch sowie der Stellvertreter Erich Hasler führten dagegen aus, weshalb die Initiative zu befürworten sei.

Bei Wegfall der Franchise drohe Mengenausweitung

Erwartungsgemäss wurde die Veranstaltung vornehmlich von Befürwortern der Initiative besucht. Dementsprechend merkte Manuel Frick an: «Ich weiss, ich habe hier kein einfaches Pu-



Sieht in Initiative ein «Giesskännchen»: Manuel Frick.

blikum.» Dann begann Frick nochmals dieselben Argumente gegen die Franchise-Abschaffung darzulegen, die er bereits im Landtag präsentierte. So verwies der Gesellschaftsminister darauf, dass von der Franchise-Befreiung sämtliche Rentner im Land profitieren – unabhängig davon, ob sie diese Entlastung wirklich benötigen. «Das ist eine Verteilung von Geldern mit der Giesskanne – oder zumindest mit einem Giesskännchen», so der Regierungsrat.

Mit der Prämienverbilligung besitze der Staat hingegen ein Instrument, um allen Bedürftigen zu helfen – unabhängig von

deren Alter. Dieses Instrument werde dabei bereits jetzt überproportional von Senioren genutzt: Machen die Über-60-Jährigen weniger als 20 Prozent der Bevölkerung aus, so flossen über 30 Prozent der Verbilligungen an diese Bevölkerungsgruppe.

Zudem sei zu befürchten, dass mit einer Abschaffung der Franchise eine Mengenausweitung im Gesundheitswesen einhergehe. Das könne zur Folge haben, dass die Krankenkassenprämien für alle Versicherten ansteigen. Als Beispiel führte der Gesellschaftsminister den Kanton Luzern an, der nach dem Wegfall der Franchise eine

«frappante Mengenausweitung» erlebt habe.

«Geld bleibt im hiesigen Wirtschaftskreislauf»

Auch die Vertreter der DpL griffen bei ihrem Pro-Referat auf viel bereits Gesagtes zurück. So verwies Herbert Elkuch nochmals darauf, dass seit 2011 die AHV-Renten nicht mehr angepasst wurden. Die DpL-Initiative versteht sich demnach als eine Reaktion auf diesen «Rentenstillstand». Für Elkuch stand fest: «Es ist jetzt an der Zeit, etwas für unsere Rentner zu unternehmen.» Nur was? Ein Weg wäre, die AHV-Renten zu erhöhen. Eine Rentenerhöhung liesse sich aber nur bewerkstelligen, indem auch die AHV-Beiträge der Arbeitnehmer und -geber erhöht werden oder der AHV-Staatsbeitrag nach oben geschraubt oder das Rentenalter angehoben wird. Dies sind aber allesamt Massnahmen, die in den Augen der DpL nicht gangbar sind.

Die Oppositionspartei schlägt stattdessen vor, die Rentner an anderer Stelle, wie der Krankenkassen-Franchise, zu entlasten. Dabei wurden die beiden DpL-Vertreter nicht müde zu betonen, dass bei einer AHV-Erhöhung auch Rentner im Ausland, die in das Sozialwerk einst einzahlten, profitieren würden. Bei einer Abschaffung der Franchise profitieren hingegen nur die in Liechtenstein wohnhaften Rentner. «Das Geld bleibt weitgehend im hiesigen Wirtschaftskreislauf», sagte

Erich Hasler. Dementsprechend handle es sich bei der Initiative nicht um eine Giesskanne, sondern um einen «effizienten Mitteleinsatz».

«Reagiere allergisch auf das Wort Giesskanne»

Da die Renten in den letzten zehn Jahren nicht mehr an die Teuerung angeglichen wurden, meinte Hasler, dass hier «Sozialabbau» betrieben werde. Hier sah sich Manuel Frick gezwungen, sich einzuklinken: «Ich weiss gar nicht, wo anfangen, hier wurde so viel Falsches ins Feld geführt.» So verwies er darauf, dass in den letzten zehn Jahren keine Teuerung feststellbar sei. Erst infolge des Ukraine-Krieges habe sich die Situation verändert. Vorher sei das Leben eher billiger als teurer

geworden. Darum könne man sicher nicht von einem Sozialabbau sprechen.

In der anschliessenden Frageunde sah sich besonders der Gesellschaftsminister mit Widerspruch konfrontiert. So warf ein Teilnehmer Frick vor, konstant Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Dagegen meinte Frick, dass die DpL, indem sie immer wieder die AHV mit der Franchise in Verbindung bringe, Äpfel mit Birnen vergleiche. Ein anderer Gast betonte, dass es Zeit sei, endlich auch etwas für die Rentner zu tun. Und er könne das Gegenargument Giesskannenprinzip nicht mehr hören: «Ich reagiere mittlerweile allergisch auf das Wort Giesskanne.» Nur: Bis zur Abstimmung am 26. Juni wird das Wort wohl noch ein paar Mal fallen.



Für Erich Hasler und Herbert Elkuch ist die Franchise-Befreiung das beste Mittel, um Rentner zu unterstützen. Bilder: Tatjana Schnalzer

Zukunft des Skigebiets Malbun im Zentrum der Juni-Session

Keine Vorstösse, dafür werden aber der Rechenschaftsbericht und die Sanierung der Bergbahnen im Landtag zu reden geben.

Insgesamt 29 Traktanden wird der Landtag in seiner Juni-Session in Angriff nehmen. Anlass für Diskussionen wird aber vor allem ein Traktandenpunkt geben: die Regierungsvorlage zur Weiterentwicklung des Naherholungsgebiets Malbun und die Sanierung der Bergbahnen. Um den Fortbestand des Skigebiets zu sichern, will die Regierung künftig auch Besitzer von Ferienwohnungen zur Kasse bitten.

Zig Fragen an die Regierung und OKP-Staatsbeitrag

Neben Malbun finden sich kaum weitere inhaltlich brisante Themen auf der Traktandenliste des Juni-Landtags. Hatte der Landtag im Mai noch fünf Vorstösse behandelt, haben die Parteien für die Juni-Session keinen einzigen Vorstoss eingereicht.

Traditionell wird aber in der Sitzung vor der Sommerpause der Rechenschaftsbericht der Regierung behandelt. Dieser sorgt in der Regel für ordentlich Gesprächsstoff. Denn wenn die Regierung über ihre Tätigkeiten des vergangenen Jahres informiert, haben die Abgeordnete

ten naturgemäss einige Fragen an die Exekutive. Die Abgeordneten werden auch festlegen, wie hoch der staatliche Beitrag für OKP ausfallen soll, um die Prämienlast für die Versicherten zu senken. Und auch über die Umstrukturierung der Familienhilfe von einem Verein in eine öffentliche Stiftung wird der Landtag entscheiden.

Ukraine-Konflikt und fünf Geschäftsberichte

Im Rahmen des Sondertraktandums zum Ukraine-Krieg werden die Abgeordneten wohl vor allem Fragen zum Thema Energie haben, besonders in Hinblick auf das gerade beschlossene Ölembargo der EU gegen Russland. Zudem werden die Abgeordneten fünf Geschäftsberichte zur Kenntnis nehmen, einige EWR-Recht-Anpassungen beschliessen und mehrere zweite Lesungen vornehmen. So etwa die Totalrevision des Gesetzes über das Zentrale Personenregister. Bei diesen Traktanden wird sich der Redebedarf aber wohl in Grenzen halten. (equ)

Wie viel zahlt der Staat an die OKP-Prämien?

Traktandum 7

Ziel des Staatsbeitrags an die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) ist es, die Prämienzahler zu entlasten. Dabei gilt die Faustregel: **Jede Million**, die der Staat einschiesst, **reduziert** die monatliche **OKP-Prämie um 2,5 Franken** pro Versicherten. Zum letzten Mal wurde 2019 auf Antrag der VU der Staatsbeitrag an die OKP von 29 auf 33 Millionen Franken erhöht. Seitdem verharrt der Beitrag auf dieser Höhe. Und auch für das kommende Jahr plant die Regierung, ihn auf dem jetzigen Stand zu belassen. Dagegen regte sich seitens des Landtags bislang kein Widerstand.

Prognose

Keine Partei hat angekündigt, **einen Antrag zu stellen, um den Staatsbeitrag zu erhöhen**. Somit ist nicht zu erwarten, dass es zu einem Bazar um den OKP-Staatsbeitrag kommen wird.

Regierung legt Rechenschaft ab

Traktandum 9

Stolze 532 Seiten ist der Rechenschaftsbericht für das Jahr 2021 dick. Darin wird über sämtliche **Tätigkeiten des Landtags, der Regierung und der Gerichte** im vergangenen Jahr informiert. Ebenfalls ist darin die Landesrechnung mit allen Detailkonten enthalten. Der Rechenschaftsbericht ist im Juni traditionell Anlass, mit zig Fragen die Tätigkeiten der Regierung genau unter die Lupe zu nehmen. Erstmals wird die **neue vereidigte Regierung zu ihrem bisherigen Handeln** Rede und Antwort stehen, während sie 2021 noch Fragen zu den Tätigkeiten der Vorgängerregierung beantworten musste.

Prognose

Eine **Mehrheit** steht hinter dem Vorschlag der Regierung. Bislang war kaum Kritik zu hören. Die Debatte wird sich primär darum drehen, wie sich das Malbun künftig entwickeln soll.

Wie sieht die Zukunft des Malbuns aus?

Traktandum 23

Das brisanteste Thema der letzten Sitzung vor der Sommerpause: Der Landtag entscheidet über den Sanierungsplan der Bergbahnen Malbun. Dabei sieht die Regierung auch einen jährlichen Betrag vor, um in Zukunft den Bergbahnen wichtige Investitionen zu ermöglichen. Daran sollen sich auch **Ferienwohnungsbesitzer mit einer «Zweitwohnungsabgabe»** beteiligen. Der Landtag wird konkret über **5,9 Millionen Franken für die Sanierung** der Bergbahnen sowie **jeweils einen Landesbeitrag von 900 000 Franken** für die Jahre **2023 und 2024** entscheiden.

Prognose

Eine **Mehrheit** steht hinter dem Vorschlag der Regierung. Bislang war kaum Kritik zu hören. Die Debatte wird sich primär darum drehen, wie sich das Malbun künftig entwickeln soll.

Familienhilfe wird eine öffentliche Stiftung

Traktandum 27

Seit knapp zwei Jahren hegt die Familienhilfe Liechtenstein (FHL) den Wunsch, von einem Verein in eine öffentliche Stiftung umstrukturiert zu werden. Dem will die Regierung nun nachkommen. Aber die in der Vernehmlassung anvisierte Umstrukturierung entsprach nicht den Vorstellungen der FHL. Die Vorlage sah vor, dass die **Familienhilfe und die Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe (LAK) über denselben Stiftungsrat verfügen**. Die FHL forderte dagegen die **vollständige Selbstständigkeit**. Die Regierung lenkte ein: In der jetzigen Vorlage besitzt die Familienhilfe einen vom LAK unabhängigen Stiftungsrat.

Prognose

Diskussionen wird es geben. Aber **allen ist klar**, dass eine öffentliche Stiftung die **bessere Organisationsform** für die Familienhilfe ist.